

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Verbreiteteste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S
Reklame-Seite 50 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Raträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5118

Nr. 41

Gegründet 1826

Freitag den 19. Februar

Sernspracher Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Die internationale Konferenz der Arbeitsminister soll am 15. März in London stattfinden.

Das sächsische Ministerium des Innern hat ein Rede-Verbot für Hitler erlassen.

Die türkische Kammer beschloß einstimmig die Einführung des Schweizer bürgerlichen Gesetzbuches in der Türkei.

Die Finanzpläne der Reichsregierung

Berlin, 18. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstags trat zu einer Sitzung zusammen, der auch der Reichskanzler und die Mitglieder des Kabinetts beizuhören, um eine Regierungserklärung über die finanzielle Lage des Reiches entgegenzunehmen. Reichsfinanzminister Dr. Brüning erklärte u. a., die Regierung sei sich vollkommen darüber klar, daß durch Steuererleichterungen allein die Not nicht behoben werden könnte. Es müßten jedoch alle Kräfte darauf gerichtet werden, die Krise zu überwinden, die die schlimmste Arbeitskrise sei, die Deutschland bisher durchgemacht habe. Außer den Steuererleichterungen habe das Kabinett in den letzten Tagen sehr ernsthaft und eingehend sich mit anderen Fragen beschäftigt, die es ermöglichen würden, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Vermutlich werde schon in den nächsten Tagen die Frage zum Abschluß kommen, daß die Reichsregierung der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Summe zur Verfügung stelle, damit die Reichsbahn dringend notwendige Investitionen vornehmen könne. Zu den Steuererleichterungen sei in der Debatte im Reichstag von einigen Rednern angedeutet worden, sie seien ein Sprung ins Dunkle. Ich muß deshalb, so fuhr der Minister fort, einige Zahlen aus dem Etat mitteilen: Der Etat für 1925 wird vermutlich mit einem, wenn auch nicht erheblichen Ueberschuß abschließen. Wir werden noch den Nachtragset vorlegen müssen, der insbesondere die Anforderungen enthält für das Investitionsprogramm der Reichsbahn. Den Minderertrag aus den für 1926 vorgeschlagenen Steuererleichterungen hat der Minister auf etwa 550 Millionen geschätzt, wobei die sogenannte Lohnsteuer eingerechnet ist, da die Senkung der Umsatzsteuer sich im Jahre 1926 nur für 11 Monate auswirkt. Die Verschiebung der Einkommensteuer und die Senkung der Vermögenssteuer ist ohne etatmäßige Auswirkung, da im Etat für die Vermögenssteuer bereits eine entsprechend geringere Summe eingelegt war. Für 1927 rechnen wir mit einer Gesamtausgabe von 4996 Millionen gegen 4782 Millionen im Jahre 1926. Diese Erhöhung ist dadurch notwendig, daß wir für die Reparationsleistungen 1927 965 Millionen einsehen müssen.

Die Deckung ist wie folgt gedacht: Für 1926 sind 4874 Millionen durch Steuern und Zölle im Etat vorgesehen, für 1927 nur 4724 Millionen, weil wir den Ausfall an Umsatzsteuer in Rechnung stellen müssen. Dagegen haben wir die Einnahmenerhöhung aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer um 300 Millionen, aus der Vermögenssteuer um 50 Millionen erhöht. 1926 erbringt das freie Einkommen an Steuern 900 Millionen. Auch die Kapitalertragssteuer beginnt allmählich stärker zu fließen. Alle übrigen Steuern, die finanziell ins Gewicht fallen, sind vorläufighalber nur mit demselben Betrag eingelegt wie 1925. Von den 4700 Millionen aus Steuern und Zöllen müssen den Ländern und Gemeinden 2400 Millionen überwiesen werden. Das Reich denkt zunächst nicht daran, an den Anleihemarkt zu gehen. Bei allem dem ist selbstverständlich nicht daran gedacht, daß die Reichsregierung irgendwelche sozialen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, drohseln will. Die Reichsregierung hat in einer ihrer Sitzungen beschlossen, in der Kurzarbeiterfrage die Wünsche der Reichstagsmehrheit weitgehend zu erfüllen und auch in der Erwerbslosenfrage das unumgängliche Notwendige zu tun, was finanziell und wirtschaftlich verantwortet werden kann. Weitere Wünsche auf Steuererleichterungen müssen zurückgestellt werden. Eine Notgemeinschaft zwischen Reichsregierung und Reichstag ist notwendig, um die bestrebte Wiederankurbelung der Wirtschaft und die schnelle Ueberwindung der Krise zu ermöglichen. Sie muß uns auch in den Stand setzen, in Zukunft über die Einnahmen zu verfügen, die uns die Erfüllung unserer staatspolitischen Aufgaben ermöglichen.

Nach der Rede des Reichsfinanzministers beantragte der Abgeordnete Schulz-Bromberg (Dnat.), die Aussprache zu vertagen, bis den Abgeordneten der Wortlaut der Rede mit ihrem reichen Zahlenmaterial zugegangen sei. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei wurde dann in Gegenwart zu den Wünschen der Regierung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, die Aussprache über die Regierungserklärung zu vertagen, bis die Rede im Wortlaut vorliegt, was voraussichtlich am Freitag der Fall sein wird.

Der Reichskanzler zum Finanzprogramm

Reichskanzler Dr. Brüning nahm darauf das Wort, um den Ausschuß dringend zu ersuchen, sofort in die Besprechung einzutreten, da die Regierung möglichst rasch Klarheit über die Stellung des Reichstags zu ihrem Programm haben müsse. Dieses Programm sei als eine Einheit zu betrachten, die gestört würde, wenn auf irgend einem Gebiet zu Mehrausgaben geschritten würde. Die angekündigten Steuererleichterungen würden auch sonst nicht durchführbar sein. So sehr die Regierung die Notlage der Erwerbslosen an-

Oesterreich zur Mussolini-Rede

Wien, 18. Febr. Vor dem Hauptausgusch der österreichischen Nationalversammlung sprach zur außenpolitischen Lage Bundeskanzler Ramek: Seit 1923 sind in Oesterreich eine ganze Reihe von Verwaltungsmaßnahmen getroffen, welche nach Aussagen offizieller italienischer Persönlichkeiten nichts anderes als die rascheste Italianisierung der Deutschen des Oberösterreich bezwecken. Diese Maßnahmen riefen überall, wo Deutsche wohnen, besonders aber in Oesterreich eine Erregung hervor, wie sie wohl nur in den allerletzten Ausnahmefällen in einer solchen Einmütigkeit ein ganzes Volk erfaßt. Aus Italien hört man immer wieder die Anschuldigung, daß diese Bewegung künstlich erzeugt wurde. In eine solche wurde erzeugt, aber sie wurde einzig und allein durch die Maßnahmen der italienischen Regierung in Oesterreich erzeugt. Volk und Regierung Oesterreichs wünschen, mit dem italienischen Volke, ebenso wie mit allen anderen Völkern, in Freundschaft zu leben. Wir können freilich eine Grenzziehung wie die des Vertrages von St. Germain nicht für gerecht ansehen, aber wir erkennen sie an, weil wir den Vertrag unterschrieben und ratifiziert haben. Was den Schluß der bekannten Kammerrede des italienischen Ministerpräsidenten, das ist der auf die Brennergrenze Bezug nehmende Passus, betrifft, so war nie von offizieller Seite eine Äußerung von derartiger Unverschämtheit geäußert worden. Dennoch vermochte die Bundesregierung nicht ohne weiteres zu glauben, daß tatsächlich im achten Jahre nach der Beendigung des Kriegs, wenige Monate nach dem Abschluß des Locarno-Vertrages und wenige Wochen vor Beginn der Abrüstungskonferenz, der Führer einer europäischen Großmacht den entworfenen Nachbar, dessen Gebietsintegrität von eben dieser Großmacht zweimal garantiert wurde, sozulagen aus heiterem Himmel heraus mit einem

kriegerischen Einfall bedrohen sollte. Die Bundesregierung beauftragte daher sogleich nach Bekannwerden der Rede ihren Gesandten beim Quirinal, bei Mussolini Aufklärung über den präzisen Sinn des erwähnten Passus einzuholen. Mussolini verwies den Gesandten auf seine eben im Senat gehaltenen Rede. Schon aus dieser gehe hervor, daß seine Worte nur bedeutet hätten, er werde nie gestatten, die durch die Friedensverträge geschaffene Lage eine Veränderung erfahren zu lassen. Er habe der Bundesregierung durch jenen Passus davon Kenntnis geben wollen, daß er den Anschluß nie dulden würde. Ueberdies ließ er mir mitteilen, daß er nie daran dachte, Oesterreich irgendwie zu beunruhigen. Kein einziger Soldat würde jemals den Brenner überschreiten. Im Besitz dieser Antwort hat die Bundesregierung die Frage, ob sie den Völkern auf die italienische Kriegsdrohung aufmerksam zu machen habe, für sich mit einem Nein beantwortet, denn nach der Aufklärung liegt eine formelle Bedrohung Oesterreichs nicht vor. Die von der Bundesregierung erhoffte Beruhigung der österreichischen Öffentlichkeit wird jedoch nur dann wirklich Aussicht haben, sich durchzusetzen, wenn auch in der gesamten sächsischen Hierarchie und Presse ein ruhiger und leidenschaftsloserer Ton Platz greift.

Die Geschichtsprofessoren der Universität Innsbruck und die Tiroler Ortsgruppe der deutschen Akademie veröffentlichten eine Erklärung, in der sie aufs schärfste gegen die Behauptung Mussolinis Einspruch erheben und auf Grund reichhaltigen geschichtlichen Materials feststellen, daß Südtirol doppelt so lange zum Reich und Oesterreich gehöre, als zum Römischen Reich. Die Deutschen seien schon seit dreizehn Jahrhunderten in Südtirol ansässig.

erkenne, sei es doch unmöglich, sehr weitgehenden Forderungen auf diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Die Regierung erhalte ihre Aufgabe darin, statt Gebührensicherungen Brot und Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen. Die ganze Politik der Steuererleichterung sei natürlich nur möglich, wenn die Wirtschaft sich nicht noch weiter katastrophal verschlechtere. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaft würden die Wirkungen unabsehbar sein. Wir würden eines Tages mit leeren Kassen dastehen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns schloß sich den Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichskanzlers an.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius verbreitete sich über die Maßnahmen, mit denen die Regierung, abgesehen von den Steuererleichterungen zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft und zu einer Besserung des Arbeitsmarktes beitragen wolle. Der Reichsbahn solle ein Hundertmillionen-Kredit zur Inangriffnahme notwendiger Erneuerungsarbeiten gegeben werden. Außerdem sollten 300 Millionen Mark der Industrie als Betriebskredit für die Herstellung von Exportwaren für Rußland zur Verfügung gestellt werden. Weiter solle der Abschluß der Handelsverträge beschleunigt betrieben werden. Der Minister kündigte ferner Maßnahmen gegen Kartelle an, sowie die Anlage eines Kartellamtes und eines Kartellregisters.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Die 2. Lesung des Haushalts des Reichsjustizministeriums wird erledigt und die Kosten für das Reichsgericht werden bewilligt.

Es folgt die 2. Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Auch zu diesem Haushalt liegen zahlreiche Anträge und Interpellationen aller Parteien vor. Sie verlangen Maßnahmen zur Verhütung von Grundemfällen, Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag, Hilfsmaßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, Fürsorge für die Kleinrentner. Der Ausschuß fordert in einer Entschließung, daß in den verschiedenen Organen der Internationalen Arbeitsorganisation die deutsche Sprache der französischen und englischen gleichgestellt werde und daß Deutschland eine angemessene Vertretung im Internationalen Arbeitsamt erhält.

In der allgemeinen Aussprache protestiert Abg. Karren (Soz.) entschieden gegen jeden Abbau der sozialen Fürsorge. Das Arbeitsministerium gebe den Arbeitgebervereinigungen zu sehr nach. Am Abstimmentag müsse unbedingt festgehalten werden.

Abg. Stegerwald (Zentr.) schilderte die große Notlage des deutschen Volkes. An Beiträgen zur Arbeitsversicherung für die Kriegsbeschädigten und die allgemeine Fürsorge würden jährlich rund 6 Milliarden den aufgebracht. Der Uebererschwendung Deutschlands mit ausländischen Waren müsse vorgebeugt werden. Bei einer guten Sozialpolitik und richtigen Behandlung des deutschen Arbeiters sei aus diesem außerordentlich viel herauszuholen. Die Frage der Versicherungsanstalt Schlesiens darf man nicht nur vom versicherungstechnischen Standpunkt aus behandeln. Das in schwerer Zeit gegebene Versprechen einer eigenen Anstalt muß man den Schlesiern gegenüber halten. Der Redner

weist darauf hin, daß drei Probleme besonders im Vordergrund stehen, und zwar 1. die Schaffung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung an Stelle der Arbeitslosenfürsorge; 2. die Förderung der Arbeitszeitrage in Verbindung mit England, Belgien und Frankreich, und 3. die Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Deutschland müsse sich immer vor Augen halten, daß es keine Insel sei. Im Vorteil sei es durch seine günstige geographische Lage und den Gewerbesitz seiner Bewohner. Der Redner tritt für weitgehende Gemeinschaftsarbeit ein. Notwendig sei die Förderung der Exportindustrie. Man dürfe auch nicht Hunderte von Millionen für ausländischen Weizen ausgeben, während der deutsche Landwirt seinen billigen Roggen nicht los wird. Aus der Hauszinssteuer sollen jährlich 700 Millionen für den Wohnungsbau verwandt werden. Es müsse davor gewarnt werden, die Gegenwart übermäßig zu Gunsten der Zukunft zu belasten. Notwendig sei die Förderung der Exportindustrie. Man dürfe auch nicht Hunderte von Millionen für ausländischen Weizen ausgeben, während der deutsche Landwirt seinen billigen Roggen nicht los wird. Aus der Hauszinssteuer sollen jährlich 700 Millionen für den Wohnungsbau verwandt werden. Es müsse davor gewarnt werden, die Gegenwart übermäßig zugunsten der Zukunft zu belasten. Darauf wurden die Beratungen abgebrochen. Angenommen wird ein Antrag zur Änderung des Tabaksteuergesetzes, wonach bei der Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an die Tabakarbeiter die Bedürftigkeitsprüfung fortfallen soll.

Neuestes vom Tage

Die Reichsregierung zur Ratsfrage

Berlin, 18. Febr. Wie heute wieder von zuständiger Stelle berichtet wird, hat die Reichsregierung in den Verhandlungen über die Erweiterung des Völkerbundsrats unverändert ihren Standpunkt dahin gekennzeichnet, daß eine Schaffung neuer Ratsitze bei dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch die maßgebenden Mächte des Völkerbundes für die deutsche Regierung eine neue Situation schaffen würde, die die deutsche Regierung vor die Notwendigkeit neuer Entscheidungen stellen würde. Die Reichsregierung hält unverändert an dieser Stellungnahme fest. Sollte tatsächlich eine derartige Lage eintreten, so kann über den Ernst derselben kein Zweifel bestehen. Den alliierten Mächten ist im Lauf der letzten Zeit über den Standpunkt der Deutschen Regierung volle Klarheit gegeben worden. Die deutsche Regierung hat auch entgegen verschiedenen anderslautenden Berichten in dieser Frage in keiner Weise irgendwelche Kompromisse getroffen oder Zugeständnisse gemacht.

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen

Berlin, 18. Febr. Ueber den Besuch des Generalsekretärs des Völkerbunds wird von zuständiger Stelle u. a. mitgeteilt, daß besonders das Verfahren für die Völkerbundsstagung festgelegt wurde, die ohne Formlichkeiten verlaufen soll. Zweck ist die Völkerbundsversammlung bei ihrem Zutritt am 8. März, 3 Uhr nachmittags, zur Wahl ihres Präsidenten und zur Bildung ihres Büros zu schreiben. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden dann zur Vorbereitung der Arbeiten der Völkerbundsversammlung am gleichen Nachmittag zwei Ausschüsse einberufen werden, von denen der eine

ausgeschlossen den deutschen Zulassungsantrag der andere gewisse Budgetfragen behandeln wird. Hinsichtlich der Arbeiten der 1. Kommission läßt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß wie bei früheren Gelegenheiten ein Unterantrag eingeleitet werden wird, der in geheimer Sitzung tagen wird. Zweifellos wird Deutschland aufgefordert werden, an den Besprechungen dieses Unterausschusses teilzunehmen. Nach Abschluß dieser Besprechung wird der Ausschuß der Vorkommission Bericht erstatten. Bei diesem Verfahren wird die eigentliche Abstimmung der Völkerbundsversammlung über Deutschlands Zulassung, die nach dem Völkerbundsvertrag durch Zweidrittelmehrheit erfolgt, kaum vor dem 10. März stattfinden können. Erst nach dieser Abstimmung kann der Völkerbundsrat zur Beratung über die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland schreiten. Sobald Deutschland zum Völkerbund zugelassen ist, ist es berechtigt, an der 2. Kommission für Budgetfragen sofort teilzunehmen.

Auch die Frage der Ernennung deutscher Mitglieder beim Völkerbundssekretariat ist während der Besprechungen, die Sir Eric Drummond im Auswärtigen Amt gepflogen hat, erörtert worden. Die allgemeine Formel für die Ernennung dieser internationalen Beamten besagt, daß ihre Auswahl seitens des Generalsekretärs zu erfolgen hat, aber von der Zustimmung des Völkerbundsrates abhängig bleibt. Selbstverständlich werde der Generalsekretär dem Völkerbundsrat keine Kandidaten vorschlagen, gegen die die Regierung des Staates, dem sie angehören, ernsthafte Einwendungen erheben könnte.

Vertagung der Ratsfrage

Berlin, 18. Febr. Nach Mitteilungen des diplomatischen Mitarbeiters des „Daily Telegraph“ wird in diplomatischen Kreisen Londons die Ansicht vertreten, daß nur eine vorläufige Lösung der aus der Frage der Vergrößerung des Völkerbundsrates drohenden Schwierigkeiten erwartet werden könne. Die entschlossene Haltung Lindens und der Stockholmer Regierung, die von allen Parteien in der schwedischen Kammer unterstützt worden sei, habe auf den Kontinent großen Eindruck gemacht. Außerdem habe die japanische Regierung wissen lassen, daß sie mit Ausnahme des Falles Deutschland im Prinzip gegen jede Vergrößerung des Völkerbundsrates sei. Deshalb sei zwischen den Großmächten ein Abkommen zustande gekommen, wonach die Diskussion über den Eintritt weiterer Mächte in Völkerbundsrat der Herbstsession des Völkerbundes überlassen werden solle. In politischen Kreisen werde erklärt, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbundsrat auf der Märzsession sichergestellt ist, ohne daß gleichzeitig Polen diese Vergünstigung gewährt werde. Andererseits scheint diese Lösung nicht erzielt worden zu sein, ohne daß man den polnischen Wünschen wenigstens für die Zukunft entgegenkommt, ein Entschluß, zu dem sich England mit Rücksicht auf die Haltung des Kabinetts Briand gezwungen gesehen hat. Es ist also als sicher anzunehmen, daß Polen auf der Herbsttagung des Völkerbundes in den Rat eintreten wird, wobei noch fraglich bleibt, ob als ständiges oder als nichtständiges Mitglied.

Das Ende der Tirpich-Hege

Berlin, 18. Febr. In der gestrigen Reichstagsitzung erklärte der Reichsjustizminister Dr. Marx zu der Hege gegen Tirpich: Tirpich habe sich amtliche Dokumente nicht angeeignet, sondern sich davon Abschriften machen lassen und sie veröffentlicht. Eine widerrechtliche Aneignung amtlicher Urkunden komme nicht in Frage. Auch die Veröffentlichung dieser Akten sei nicht strafbar, weil diese Veröffentlichung nicht geeignet war, die Sicherheit des Reiches zu schädigen. Disziplinarmaßnahmen seien nicht in Frage gekommen, weil Tirpich bei der Veröffentlichung nicht mehr im Amte war. Ob solche Veröffentlichungen auch den aus dem Amte geschiedenen Beamten verboten werden soll, werde bei der Beratung des neuen Beamtenrechtes entschieden werden. Darauf stellte der deutschnationale Abgeordnete Treviran fest, daß nach den Erklärungen des Reichsjustizministers die Sache völlig zugunsten des Großadmirals von Tirpich geklärt sei. Der Schlangel der Verleumdung gegen Tirpich sei der Kopf zertritten. Tirpich habe durchaus korrekt gehandelt. Es sei eine Pflicht der Notwehr gewesen, wenn er den Geschichtsklitterungen von links die Wahrheit gegenüberstellte. Millionen danken dem Lenker der Geschicke, daß er uns Männer wie Tirpich geschenkt hat.

Deutschland und die Frankenfälscher

Berlin, 18. Febr. Gestern ist der in der Budapester Frankenfälscheraffäre viel genannte Phototechniker Arthur Schulze von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet

worden. Bei seiner Vernehmung erklärte Schulze, daß er bereits im Jahre 1923 zur Mittäterschaft an der Herstellung von falschen Frankennoten gewonnen wurde, wobei diese als eine rein politische, von amtlichen Stellen unterstülzte Angelegenheit hingestellt wurde. Es hat sich bis jetzt noch nicht festgestellt lassen, daß Schulze sich in Deutschland eines Verbrechens der Falschgeldherstellung schuldig gemacht hat. Mit der Papierherstellung für die Frankenfälschungen hatte Schulze nichts zu tun. Nach seinen Angaben stamme das Papier nicht aus Deutschland. Falls Schulze sich strafbar gemacht hat, würde er entsprechend den Gesetzen nicht ausgeliefert werden, sondern es würde in Deutschland gegen ihn verhandelt werden.

Abstriche beim Marinehaushalt

Berlin, 18. Febr. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der weiteren Beratung des Marine-Etats beim Wert- und Arsenalbetrieb 1,5 Millionen Mark gestrichen, bei den Munitionsbeständen 250 000 Mark. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm dann noch eine Reihe von Abstrichen bei dem Marineetat vor. So wurde die Summe für gründliche Instandsetzung der Wasserbomben, die mit 1,4 Millionen Mark bemessen war, auf die Hälfte herabgesetzt und der vorgesehene Betrag von 2,3 Millionen der für die Herrichtung eines alten Panzerschiffes zum ferngeleiteten Zielschiff vorgesehen war, um eine Million gekürzt. Darauf wurde der Etat des Reichswehrministeriums verabschiedet.

Keine Auflösung der Universität Gießen

Frankfurt a. M., 18. Febr. Wie an zuständiger Stelle in Gießen verlautet, trifft die von einem Berliner Mittagsblatt verbreitete Meldung über den Plan, die Universität Gießen aufzulösen, nicht zu. Richtig ist, daß aus Gründen der Kostenersparnis mit dem Eingehen des pharmazeutischen Instituts in Darmstadt und seiner Verschmelzung mit ähnlichen Einrichtungen an der Universität Gießen zu rechnen ist.

Der Schritt des deutschen Botschafters in Paris

Paris, 18. Febr. Ueber den Schritt v. Hoehsch wurde von französischer Seite folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Herr v. Hoehsch gab in seiner Unterredung mit Briand eine ausführliche Begründung des deutschen Standpunktes in der geplanten Zusammenziehung des Völkerbundsrates und wies besonders auf die Befürchtungen der Reichsregierung hin. Ein deutscher Schritt in dieser Angelegenheit wurde bei sämtlichen alliierten Mächten unternommen. Auf französischer Seite ist man der Ansicht, daß allein der Völkerbundsrat in der Frage der Verteilung seiner Sitze zuständig ist und die Reichsregierung daher am besten tun würde, sich direkt an den Völkerbundsrat zu wenden. Im „Matin“ schreibt J. Sauerwein, bekanntlich ein Vertrauter Briands, der französische Ministerpräsident habe bei seiner gestrigen Unterredung mit dem deutschen Botschafter erklärt, daß die Aufnahme Polens in den Völkerbund auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Großmächten nötig erscheine für die gute und loyale Ausführung der Abkommen von Locarno. Polen sei durch seine politische und geographische Lage direkt an den großen europäischen Fragen interessiert. Auch Amerika müßte im Völkerbund ständig vertreten sein. Brasilien scheine fest entschlossen, einen ständigen Sitz zu fordern. Spaniens gleicher Anspruch habe einmütige Zustimmung gefunden.

Polnische Forderungen

Warschau, 18. Febr. Das Blatt des polnischen Ministerpräsidenten, der Krakauer „Gazet“, fordert neben einem ständigen polnischen Sitz im Völkerbundsrat die Einräumung von mindestens 10 Beamtenstellen im Generalsekretariat, wovon die Hälfte politische Bedeutung haben müßte. Es wäre in jeder Beziehung ungebührlich, daß der Generalsekretär Sir Eric Drummond in Berlin über die Gewährung von 20 Stellen an Deutschland verhandelt, wenn der Völkerbund nicht gleichzeitig Polen eine seiner Bevölkerung entsprechende Zahl Beamtenstellen einräumt.

Der Altbesitz in Reichs- und Staatspapieren muss zur Aufwertung angemeldet werden.

„Renate sagten Sie, Komie?“ unterbrach Eberly merkwürdig herüber.
 Sie nickte. „Renate. Also sie schrieb mir, daß sie vor der Möglichkeit einer Heirat stünde. Es könnte sein, daß ein Verwandter ihres verstorbenen Adoptivvaters sie mit dem Besitztum des alten Herrn in Kauf nähme. Er solle Universalerbe sein, wenn er sie heiratete. Und sie warte auf die Entscheidung. Kurze Zeit später teilte sie mir dann mit, daß sie dem Ehejoch glücklich entronnen sei. Was ihr nur lieb wäre. Denn sie habe zurechtgemachte Ehen. Der Verwandte hätte einer — Busennadel den Vorzug gegeben und weder sie noch das Besitztum des Verstorbenen gewollt. Sie veräußerte das Gut und nahm ihren Wohnsitz in Berlin. Ist das nicht merkwürdig? Und muß man nicht vermuten, daß es sich in dem von Ihnen erzählten Fall und in dem von mir berichteten um ein und dasselbe Testament handelt, und daß diese Renate Brandt das Mädchen ist, das man für Sie zur Frau vorgesehen hatte?“
 Lore vernahm keine Antwort. Eberly starrte nur geradeaus, mit seltsam blickenden Augen, das Gesicht fast verzerrt. „Renate Brandt?“ konnte er endlich tonlos fragend wiederholen. Und nach kurzem Schweigen: „Wollen Sie mir die Person dieser Dame kurz beschreiben?“
 Sie sah ihn überraschend an. „Gewiß... Aber, was ist Ihnen, Herr Amtsrichter? Fühlen Sie sich nicht wohl? Sie sehen plötzlich ganz verändert aus.“
 Er zwang sich, ihre Besorgnis mit einem leisen Scherzwort zu scheuchen, lächelte und sagte: „Also bitte, das Signalement dieser... Ne... Renate Brandt... Wir wollen ganz sachgemäß, wie bei einem Steckbrief, verfahren. Alter, Statur, Größe, Haar, Augen und so weiter.“
 Lore verstand nicht, ob ihr Begleiter spöttisch scherzte oder im Ernste rede. Er kam ihr plötzlich wie umgewandelt vor. Etwas bekommen gab Lore eine kurze Schilderung. Ehe sie am Ende war, wußte Eberly, daß diese Renate Brandt, die Lore von Lessenthin ihre beste Freundin nannte und die das Mündel eines wunderlichen Erblässers war, dieselbe Renate Brandt war, die er auf Sglt kennen gelernt hatte und die auch wahrscheinlich, ja, jedenfalls ganz gewiß, dasselbe Mündel war, das man ihm einst zur Frau ausersehen... Und die Vorliebe... für... gefundene... Busennadeln besaß... Schließlich an... Kleptomanie litt...“

Württemberg

Stuttgart, 18. Febr. Steuerentlastung des Gebäudebesitzes. Der Abg. Rath (D.) hat folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Wie die tägliche Erfahrung zeigt, wird die Gebäude-Entschuldigungssteuer, die in Württemberg bisher in der Form einer Katastersteuer zur Erhebung gelangt, als besonders ungerecht und wegen ihrer Höhe als überaus drückende Steuer empfunden. Diese Gebäudeentlastungssteuer soll zufolge Reichsgesetzes über Aenderung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 10. August 1925, wie Finanzminister Dr. Dehlinger vor einiger Zeit im Finanzausschuß des württ. Landtags dargelegt hat, für 1926 noch eine wesentliche Erhöhung erfahren. Nach den künftigen Auslastungen des neuen Reichsfinanzministers Reinhofer im Reichstag, plant das Reich, verschiedene nicht unwesentliche Steuererleichterungen. Es würde nahe liegen, eine solche Maßnahme vor allem bei der Gebäudeentlastungssteuer durchzuführen und Länder und Gemeinden für den entstehenden Ausfall durch anderweitige Gestaltung des Finanzausgleichs schadlos zu halten. Ist das Staatsministerium bereit, aus Anlaß des geplanten Steuerabbaus, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das genannte Gesetz, soweit es sich auf den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken bezieht, eine entsprechende Aenderung erfährt, so daß die geplanten Steuererleichterungen auch dem in Württemberg außerordentlich stark belasteten Gebäudebesitz zugute kommen.

Beflagung am Gefallenengedenktage. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Staatsregierung hat in Uebereinstimmung mit der Mehrzahl der übrigen Länder aus Anlaß des Gefallenengedenktages am 28. Febr. 1926 angeordnet, daß an diesem Tag die Dienstgebäude Halbmaß beflaggt werden. Die Gemeinden werden ersucht werden, ein Gleiches in die Wege zu leiten.

Verziehung des Landtagsbeschlusses. Landtagspräsident Körner teilte den Fraktionsvorständen mit, daß er entgegen der früheren Vereinbarung beabsichtige, den Landtag im Februar nicht mehr einzuberufen, da mit der Rückkehr des Staatspräsidenten vom Krankheitsurlaub in der nächsten Woche nicht zu rechnen ist und die persönliche Anwesenheit des Staatspräsidenten bei der ersten Beratung des Staatsvereinfachungsgesetzes und des Gesetzes über das Staatsministerium und die Ministerien ebenso auch bei der allgemeinen Aussprache zum Haushalt 1926/27 geboten sei. Auch die vollständige Drücklegung des Haushaltsplans kann im Februar nicht mehr erfolgen.

Landwirtschaftskammerwahlen. Die Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses der Landwirtschaftskammerwahlen und der Namen der Gewählten kann erst in einigen Tagen erfolgen, da das Zählgeschäft große Mühe verursacht.

Kleiner Wegweiser. Das Polizeipräsidium hat den Kleinen Wegweiser von Stuttgart neu herausgegeben, welcher zum Preis von 70 J im Polizeigebäude, Büchsenstr. 37, und im früheren Stadtdirektionsgebäude, Neue Brücke 12, und bei sämtlichen Polizeiwagen bezogen werden kann.

Vom württ. Blindenverein. Nach dem Geschäftsbericht des württ. Blindenvereins betrug der Gesamtverdienst der Blindengemeinschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr 170 000 M. Der Verein hat gegenwärtig rund 600 Blinde zu betreuen und hofft, im Hinblick auf seine soziale Tätigkeit, auf die Unterstützung weiterer Kreise.

Aus dem Lande

Altbach, Orl. Ehlingen, 18. Febr. Beim Baumfällern verunglückt. Im hiesigen Gemeinwald Schaden ereignete sich beim Holzhaufen ein bedauerlicher Unfall. Der dabei beschaffte verh. Eugen Hermann von hier wollte einem fallenden Baum ausweichen, blieb aber an einem Baumstumpfen hängen und konnte sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen. Es wurde ihm ein Fuß abgeschlagen.

Juffenhäuser, 18. Febr. Jugendliche Bandalen. Dieser Tage zogen zwei hiesige Ruben nach Müdingen, um dort müßige Hände zu suchen. Als ihnen in einigen Häusern auf ihre Bitten hin nichts gegeben wurde, faßten sie den Entschluß, sich am ganzen Ort zu rächen und schnitten sieben jungen Obstbäumen auf dem Heimweg die Wipfel ab. Nun hat sich die Polizei der Sache angenommen.

Das letzte dachte er mit einem häßlichen Lächeln und mit einem diabolischen Grinsen seiner Seele. Da hatte ja die Komie Lore von Lessenthin nette Freundschaft geschlossen! Seine Begleiterin kam eben zum Ende. „Sind Sie nun imstande, sich die Dame vorzustellen, Herr Amtsrichter, oder...“

Er unterbrach mit einem energischen Handwinken, das er gleich danach zu entschuldigen suchte. „Verzeihung, Komie!... Ich bin vollkommen orientiert. Das, was ich glaube, trifft nicht zu. Ich kenne die von Ihnen beschriebene Renate Brandt nicht.“

Weshalb log er?
 Er legte sich diese Frage vor, fand aber keine Antwort. Es war nun wohl ganz und gar konfus in seinem Kopf geworden. So konfus, daß er wie ein abgefeimter Gauner die Unwahrheit sagte.

Lore von Lessenthin schwieg schon geraume Zeit. Endlich begann sie noch einmal: „Vielleicht könnte es doch sein, und meine Beschreibung war schließlich nicht klar und treffen. Aber Renate besucht mich alljährlich im Mai. Sie würden sie dann sehen und selbst...“

Abermals war Eberly so unhöflich, der Komie das Wort abzuschneiden, jetzt sich sogar überhaupt nicht entschuldigend. Ganz kurz und scharf, verbissen fast, sagte er: „Ich verzichte, gnädigste Komie! Nicht das geringste Interesse!“

Wie einer stillen Vereinbarung folgend, setzten sie ihren Spaziergang nicht fort. Nüchtern schweigend wanderten sie nach dem Herrenhause zurück, und Eberly nahm sich fest vor, sobald wie möglich heimzukehren.

Als er plötzlich von wichtigen Akten sprach, die heute noch der Erledigung harren, an welche Arbeit er bisher nicht gedacht, seine Uhr zog und etwas von notwendig gewordenem früherer Heimkehr redete, bemühte sich Lore mit keinem Wort, ihn trotzdem um sein längeres Bleiben zu bitten. Wachte er doch fahren, der wunderliche Amtsrichter, den sie vor einer halben Stunde noch so gern gemacht und den sie nun plötzlich in seinem ganzen Wesen nicht mehr verstand. Geradezu unsympathisch war er ihr geworden. „Wenn Sie uns Ihre geschätzte Zeit durchaus nicht länger schenken können, Herr Amtsrichter, dann dürfen wir Sie nicht halten“, sagte sie nur kühl und etwas verlezt.

(Fortsetzung folgt)

Kniffingen, glückt ist ein Fabrik Hohne Maschine brach sie im Bezirks...

Nedarfalm, Den Zeitverhältnis überat befähigt für auswärts zu jugend, numm...

Spaldingen, An der Nordsee Sage bekanntest in einem fachen Behausung...

Tieringen D, les auf d kannte Hauj Altesten Hauj einem an das auf bis jetzt u die nur durch ei gegriffen.

Wittershausen, zur Abfahr der werke Oberndor der Wagenführer jache war eine turmhoch zum Arbeiter leicht r der Wag i v...

Santgan, D ünger wer Gemeinderat vo Kiesgrube beim Ebingen beabsich überzutreten, läutert, wie unte Ufähe, Torf und gienisch einward wird. Allgemein Herstellungsverfa...

Von der barge fi a hl. Ein unbel wo er die vorläu benötigte, aus sein fäche eine Geldbil eiligt damit zu gelang es nicht n...

Aus G

Doch:

Im Bereich Steuerinspektor L an das Finanzamt

Gemeinden

Anwesend: Sitzung der Stadtparce Dr. gegebenen Nichtsäg unterhalts Hilfsbe Spitalhausmeister für die Spitalinla errechnete für das Er bittet um eine ab 1. Oktober 1924 tag einschließlich

In der anstch Hauptgegenstand d der städt. Wasser Wolltstraße über Galgenberg. Bom die städt. Notstands 53 500 M neben d Notlandsdarlehen verzinslich zu 6% worden. Der Waff nunmehr wie folgt g Zuschuß aus der Staats und der J wens ca. 5000 A pro 1924/25 ca. 3 den Mehreinnahmen zu decken sind 5000. Pampflation im Sch wirtschaftlichen und u sie bildet gewiss werks. Der Zeitpunkt worden. Nachdem berggebiet die Waffe die Wollsbbergbewo petitioniert haben

Notstandsarbeiten werden müssen, ist d zu vermindlichen und Pumpwerk vollwertig und in Höhenlage örterung wurde allg anerkannt. Von ein Art vorgebracht wor klar herausgestellt wurde, wurde schließ auszuführen beschos daß die Geschweller Anschließleistungen an der Bauausführung alten Rohrnetzes in

Kniffingen, O. A. Maulbronn, 18. Febr. Schwer verunglückt ist ein 28 Jahre alter verheirateter Holzfräser der Fabrik Hohner dadurch, daß er seine rechte Hand in die Maschine brachte. Die Hand wurde so schwer verletzt, daß sie im Bezirkskrankenhaus abgenommen werden mußte.

Neckarhulm, 18. Febr. Latein- und Realschule. Den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, hat der hiesige Gemeinderat beschlossen, den 75prozentigen Zuschlag zum Schulgeld für auswärtige Schüler, die die Latein- und Realschule besuchen, nunmehr fallen zu lassen.

Spaichingen, 18. Febr. Entdeckung einer Höhle. An der Nordseite des Lembergs, an der Stelle des in der Sage bekannten Jungfrauenlochs wurde eine Höhle, bestehend in einem schmalen Gang ohne Spuren einer menschlichen Behausung entdeckt.

Tieringen O. A. Balingen, 18. Febr. Brand des Hauses auf der Wasserscheide. Das weit und breit bekannte Haus auf der europäischen Wasserscheide, eines der ältesten Häuser im Ort, ist in Flammen aufgegangen. In einem an das Haus angebauten Schuppen war das Feuer auf bis jetzt ungeklärte Weise entstanden, hatte sich auf die nur durch eine Bretterwand geschützten Heuvorräte übergriffen.

Wangen i. A., 18. Febr. Autolinie. Das Stadtschultheißenamt hat im Benehmen mit den beteiligten Gemeinden in Bayern, Oesterreich und in der Stadt Bregenz eine Eingabe an die Postdirektion Wien um Einführung einer Autolinie Bregenz-Wangen gemacht.

Wittershausen, O. A. Sulz, 18. Febr. Autobrand. Das zur Abfahrt bereitstehende und mit Arbeitern der Mauerwerke Oberndorf vollbesetzte Lastauto geriet in Brand als der Wagenführer es in Bewegung setzen wollte. Die Ursache war eine Benzinerexplosion; rasch schlugen die Flammen umhoch zum Himmel. Beim Aussteigen wurden zwei Arbeiter leicht verletzt. Der Schaden beträgt etwa 7000 M.; der Wagen ist versichert.

Saulgan, 18. Febr. Befestigung des Düngewerks. Am Dienstag nachmittag besichtigte der Gemeinderat von Ebingen das neue Düngewerk in der Kiesgrube beim Hochbergerweg. Die Stadtverwaltung Ebingen beabsichtigt der Errichtung einer ähnlichen Anlage näherzutreten. In praktischer Demonstration wurde erläutert, wie unter Verwendung von Excrementen, Kehrtrich, Asche, Torf und Ammoniakwasser des Gaswerks in hygienisch einwandfreier Weise Düngstoff erzielt und gelagert wird. Allgemeine Anerkennung fand die Geruchslosigkeit des Herstellungsverfahrens.

Von der bayerischen Grenze, 18. Febr. Frecher Diebstahl. Ein unbekannter Mann kam in die Sennerei Horden, wo er die vorübergehende Abwesenheit des Senners dazu benützte, aus seinem unversperrten Schreibpult in der Sennstube eine Geldbörse mit 284 M Inhalt an sich zu nehmen und eiligt damit zu verschwinden. Trotz sofortiger Verfolgung gelang es nicht mehr, den Frechling zu ergreifen.

Aus Stadt und Land

Tagold, 19. Februar 1926.

Am leichtesten scharf werden scharfe Messer, Doch: schneidet man deshalb mit stumpfen besser? Bodenstedt

Dienstnachrichten.

Im Bereich des Landesfinanzamts Stuttgart wurde der Steuerinspektor Landbeck bei dem Finanzamt Maulbronn an das Finanzamt Herrenberg versetzt.

Vom Rathaus.

Gemeinderatsitzung vom 17. Februar 1926.

Anwesend: Der Vorsitzende und 14 Gemeinderäte.

Sitzung der Ortsfürsorgebehörde. Im Beisein des Herrn Stadtpfarrers Dr. Mager werden die vom Oberamt herausgegebenen Richtlinien für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts Hilfsbedürftiger (Ortsarmer) angenommen. — Der Epitaphmeister kommt mit den bisherigen Verpflegungssätzen für die Spitalinsassen von 1 M 10 J täglich nicht aus und errechnete für das letzte Jahr einen Abmangel von 1138 M. Er bittet um einen täglichen Verpflegungszuschuß von 27 J ab 1. Oktober 1924. Ab 1. April 1925 wird der Verpflegungssatz einschließlich Verpflegungszulage auf 1 M 35 J erhöht.

In der anschließenden Gemeinderatsitzung bildete den Hauptgegenstand der Beratung die Erweiterung des Rohrnetzes der städt. Wasserleitung von der Friedhofstraße durch die Mollkestraße über die Waldach auf den Wolfsberg und den Galgenberg. Vom Landesamt für Arbeitsvermittlung ist für die städt. Notstandsarbeiten im Gesamtvoranschlagsbetrag von 53 500 M neben der erwarteten Vorwortslosenunterstützung ein Notstandsdarlehen von Reich und Land in Höhe von 20 000 M verzinslich zu 6% und rückzahlbar in 10 Jahren verwilligt worden. Der Wasserleitungsbaaufwand von 38 000 M könnte nunmehr wie folgt gedeckt werden: Notstandsdarlehen 20 000 M, Zuschuß aus der Erwerbslosenfürsorge 5000 M, Beitrag des Staats und der Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens ca. 5000 M, aus Mitteln der Wasserleitungsstasse pro 1924/25 ca. 3 000 M, zusammen 33 000 M, jedoch aus den Mehreinnahmen des Wasserzinses oder Schuldaufnahme noch zu decken sind 5000 M. Die Umleitung ist schon beim Bau der Pumpstation im Schwandorfer Tal im Jahre 1921 aus technischen, wirtschaftlichen und feuerpolizeilichen Gründen vorgesehen worden und sie bildet gewissermaßen das Schlüsselfeld des neuen Wasserwerks. Der Zeitpunkt der Ausführung ist damals offen gelassen worden. Nachdem nun in der neuen Mollkestraße im Lembergsgebiet die Wasserleitung sowieso gelegt werden muß, und die Wolfsbergbewohner wiederholt um die Wasserleitung petitioniert haben und nachdem infolge der Wirtschaftslage Notstandsarbeiten mit öffentlicher Unterstützung bereitgestellt werden müssen, ist der Zeitpunkt gekommen, das Unternehmen zu verwirklichen und damit die Möglichkeit zu schaffen, das Pumpwerk vollwertig und insbesondere auch bei Brandfällen und in Höhenlagen auszunutzen. In der anschließenden Erörterung wurde allgemein die Zweckmäßigkeit des Unternehmens anerkannt. Von einzelnen Seiten sind Bedenken finanzieller Art vorgebracht worden. Die Gründe für und wider wurden klar herausgestellt. Nachdem ein Veräußerungsantrag abgelehnt wurde, wurde schließlich mit großer Mehrheit das Unternehmen auszuführen beschlossen. Dabei ist natürlich Voraussetzung, daß die Gefuchsteller auf dem Wolfsberg für die Kosten der Anschlußleitungen aufkommen und sich verpflichten, solche bei der Bauausführung zu bezahlen. — Bei dem Zustande des alten Rohrnetzes in der Stadt ist die Ansammlung eines Er-

neuerungsfonds nicht mehr länger hinauschiebbar und die schon im Vorjahr in Aussicht genommene mäßige Erhöhung des Wasserzinses ab 1. April 1926 nicht mehr zu umgehen.

Waldsachen. Die Bürgerreifeverlosung findet voraussichtlich in der übernächsten Woche statt. — Von Maurer Bröckle in Unterjettingen hat die Forstverwaltung einen 16,11 ar großen Acker am großen Stadlacker, der neben der städt. Pflanzschule liegt, um 300 M erworben. Dieser Kauf wird genehmigt.

Sonstiges. Von der Eingehung einer Feuerungsversicherung für die städt. Gebäude soll abgesehen werden, nachdem im Brandfall bis zu 180% des Brandversicherungsschlags entschädigt wird. — Einige Beschätze wurden neu geregelt und hierauf in nichtöffentlicher Sitzung die Wiederbewertung der Stadtjagd ab 1. 4. 1926 vorgeplant.

Lehrerseminar Tagold.

Wie wir durch eine Bekanntmachung des Evang. Oberschulrats vernehmen, sind sämtliche Schüler, die für die Aufnahme in das hiesige Lehrerseminar nachgesucht haben und keinen ablehnenden Bescheid erhielten, zu der Prüfung zugelassen. Die schriftliche Prüfung findet am Dienstag, den 23. Februar vormittags 8 Uhr und die mündliche Prüfung am Freitag, den 5. März statt und zwar kommen für das Lehrerseminar Tagold, die bei den Bezirkschulämtern in Tagold, Böblingen, Dürrenz, Freudenstadt, Neuenbürg, Rottweil, sowie die von den höheren Schulen in Tagold, Calw, Dürrenz, Freudenstadt, Gorb, Einbeßingen und Baihingen e. A. gemeldeten Schüler in Betracht. Die Prüfungspunkte von M 3.— und Prüfungsgebühren von M 6.— sind vor dem Eintritt in die mündliche Prüfung an das Seminartassenamt in Eßlingen abzuführen.

7. Wagner-Abend.

Der gestrige Tag fand die treue Zuhörerchar der Vorpriatelade mit dem Manne beschäftigt, der in dem harmonischen Zusammenspiel aller Künste die Hauptaufgabe des Kunstwerkes der Zukunft erledigt und dessen Werte dazu beitragen, uns zu einem Volke zu erheben. Richard Wagners Werke sind Volkseigentum und ein Ideal des deutschen Volkes geworden und Menschen werden zu einem Volk, wenn sie gemeinschaftliche Ideale und gemeinschaftliche Bestrebungen haben. Herr Prof. Ulrich führte uns nun durch den zweiten Aufzug Siegfrieds und Herr Studientrat Schmid führte uns mit seinen klaren, sachlichen und stets treffenden Worten zum Vernehmen des musikalischen Teils. Wir folgen hier der Begegnung Alberichs mit Mime, treffen Siegfried im Wald den Vögeln lauschend, verfolgen den Kampf mit dem Drachen Fasner, dem Behüter des Nibelungenhortes und hören, wie das Vögelin Siegfried Ratschläge für sein späteres Leben gibt, ihn insbesondere auf die Tarnkappe, den Nibelungenring und auf Brunhilde hinweist, die aber nur von dem befreit werden kann, der das Fürchten nicht kennt. Schließlich hören wir noch die Begegnung Wotans mit der Königin der Erde, Erda, der Mutter Brunhildens. Herr Achenbach und Herr Hofmann sangen größere Teile aus den behandelten Stellen und zum Schluß noch das Schwert und das Schmiedelied, die allerdings dem Gebiet des vorherigen Vorpriatelabends zugehörten. Es ist Herrn Studientrat Schmid besonders hoch anzukunden, wenn er trotz des in Verhältnis geringen Besuches nie den Mut verliert und immer wieder freudig darangeht, seinem Zuhörerkreis, auch wenn er klein ist, Gutes und Wertvolles zu bieten.

Beerdigung Martini.

Schon wieder hat der Tod ein in besten Mannesalter stehendes Leben dahingerafft. Der Waldbornwirt Friedrich Martini ist nach längerer Krankheit im Alter von 47 1/2 Jahren plötzlich gestorben. Welcher Beliebtheit sich der Verbliebene erfreute, davon legte ein endloser Trauerzug, der sich nach dem vom Liedertanz gefolgten „Gott ist getreu“ zur letzten Ruhestätte in Bewegung setzte, Zeugnis ab. Bei der Trauerfeier sang der Liedertanz „Aller Gläubigen Sammelplatz“ und „Ruhet wohl, ihr Toten“. Herr Stefan Otto sprach nach Darstellung des Lebenslaufs des Verstorbenen über die Worte: „Meine Gnade soll nicht von dir weichen“ (Job. 3, 54). Kränze mit ehrenden Nachrufen wurden niedergelegt von Vorstand Walz für den Militär- und Veteranen-Verein, von Vorstand Haag für den Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten und von Herrn Kurlenbaur für den Bezirksvereinsverein.

Höchstleistung eines schwäbischen Leichtflugzeugs. Das von Regierungsbaumeister Hans Kleim konstruierte Mercedes-Daimler-Leichtflugzeug, Typ L 20, das schon bisher durch seine Erfolge in Flugeranstaltungen größtes Aufsehen erregte, hat, wie schon kurz gemeldet, durch eine neue Höchstleistung seine beispiellose Flugfähigkeit und Gebrauchsfähigkeit erwiesen. Auf dem Flug von Stuttgart nach Wien hat der bekannte Daimler-Pilger Guritzer mit Dr. Ing. Langsdorff als Fluggast am 15. Februar auf der Flug-Etappe Zell am See-Billach die höchsten Gipfel der österreichischen Alpen überflogen. Das bei den Daimler-Werken eingegangene Telegramm Guritzers lautet: „Großlodner überflogen, Landung Billach“. Die Ueberquerung dieses zerklüfteten, nahe an die 4000 Meter-Grenze reichenden Hochalpengebiets mitten im Winter durch ein Leichtflugzeug mit einem 20 PS-Motor und 2 Insassen ist eine geradezu unerhörte Leistung, die einen Weltstein in der Geschichte des Flugwesens bildet und geeignet ist, dem Leichtflugzeug-Gedanken vollends zum Sieg zu verhelfen.

Der Mathiasstag ist der 24. Februar, für den Landmann ein bedeutender Wetterprophet; denn an diesem Tag soll sich der Umschwung der Witterung vollziehen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es bis dahin kalt oder warm gewesen. Jeder Landmann kennt die alte Bauernregel „Mathis bricht's Eis, find' er teins, so macht er eins“. Und wenn sich auch diese alte Wettererfahrung nicht gerade immer an das Datum dieses Tags teilt, so ist doch mit ziemlicher Sicherheit auf die Gültigkeit dieser Wetterregel für die letzte Februarwoche zu rechnen. Nun beginnt der Vorrühling sich mit aller Macht allerorten zu regen. Die Knospen schwellen an allen Bäumen und Sträuchern, über die Felder leuchtet das junge Grün der Winterfaat und aus den Ackerfrüchten heraus tönt das erste Lied der jungen Kerben. Langsam, aber unaufhaltsam tritt der neue Lenz seinen Siegeszug durch die Lande an.

Beifügung des Mahnverfahrens. So gerechtfertigt die allgemeinen Beschwerden über den langsamen Gang des Mahnverfahrens sind, so wichtig ist es, darauf hinzuweisen, daß der Gewerbetreibende oft selbst die Schuld an der Verzögerung trägt. Die Anträge sollten auf Formularen mit der notwendigen Anzahl von Antragsabschriften eingereicht werden.

ep. Kirchenopfer am Landesbistag. Um tüchtigen Schülern durch Darreichung von Studienunterstützungen den Weg zum theologischen Studium und zum Pfarrberuf zu erleichtern oder zu ermöglichen, wurde bekanntlich feinerzeit die Evangelische Studienhilfe eingerichtet, die auch im vergangenen Jahr ihren Zweck erfüllt hat. Um den vorliegenden Bitten um Gewährung von Studienunterstützung, ohne die nicht selten das begonnene Studium ausgesetzt werden müßte, auch weiterhin entsprechen zu können, hat der Kirchenpräsident das Kirchenopfer am kommenden Sonntag für die Evang. Studienhilfe bestimmt. Auch in Württemberg droht für den Pfarrberuf ein das kirchliche Leben schädigender Mangel an Nachwuchs einzutreten; dieses Opfer darf daher auf die besondere Berücksichtigung der Kirchengenossen rechnen.

Walldorf, 19. Febr. Eigenartige Notfchlachtung. Dieser Tage ereignete sich hier ein eigenartiger Unfall. Ein Bürger, der in Altensteig Sägemehl holen wollte und zu diesem Zweck mit seinen drei Kühen fortuhr, kam leider nur noch mit zwei abends nach Hause. Als er sich mit dem beladenen Wagen der Heimat zuwandte und schon oben auf dem Hagelapf angekommen war, hier aber eine der Kühe ausspannen wollte, da es von hier ab bergemwärts geht, bemerkte er plötzlich, daß eine derselben am ganzen Leibe heftig zitterte. Raum konnte er die Stränge noch lösen, als das Tier ohnmächtig zu Boden stürzte. Ein rasch herbeigerufener Metzger von Walldorf konnte nichts anderes mehr tun, als das Tier auf offener Straße abstecken. Auf einem Wagen mußte das geschlachtete Stück Vieh vollends nach Hause befördert werden. Wahrscheinlich hat sich die Kuh bei dem schweren Zug überanstrengt und einen Herzschlag erlitten. Vor erst etwa 14 Tagen hat der Besitzer ein Kalb von der Kuh verkauft und ist der Schaden also ziemlich groß. Wenn die Tiere nach der langen Winterruhe zum erstenmal wieder zum Zug verwendet werden, sollte mit möglichst größter Schonung vorgegangen werden.

Untertalheim, 18. Febr. Weidenerpachtung. Zur Verpachtung der Gemeindefeldweide für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1926 ist außer dem letztjährigen Pächter August Pfeffer, Schäfer hier, kein ernstlicher Lusttragender erschienen. Nach Abhaltung des Termins einigte sich der Gemeinderat — zur beiderseitigen Zufriedenheit — auf ein Pachtgeld von 700 M.

Horb, 18. Febr. Eine Förderung des Siedlungsplanes auf dem Banoramagelände kann man darin erblicken, daß von den Grundeigentümern sich eine größere Anzahl bereit erklärte, zur Straßenführung eine Fläche von 6 Meter Breite unentgeltlich abzutreten. Andere Besitzer wollen Baugelände um 20 Mark für den Ar abtreten.

Horb, 18. Febr. Eine schwere Bluttat, deren Kunde in kürzester Zeit wie ein Lauffeuer unsere sonst so friedliche Stadt durchweilte, wurde vorgestern in den späten Abendstunden hier verübt. Sonnenwirt Kiefer von Nordstetten und der frühere Besitzer des Rappleshofes, Herr Wiedmann von Hßlingen waren im Hotel „Bären“ in Meinungsverschiedenheiten geraten. Als dann Herr Kiefer das Lokal verlassen hatte, ging ihm Herr Wiedmann nach und ver setzte ihm anscheinend mit einem Stock von hinten einen Schlag und traf ihn übers Auge. Sonnenwirt Kiefer zog darauf sein Messer und stieß es Herrn Wiedmann mit einer solchen Wucht in den Leib, daß die Gedärme bloßgelegt wurden. In schwerverletztem Zustand wurde Wiedmann im Auto ins hiesige Krankenhaus verbracht. Sonnenwirt Kiefer wurde auf seinem Wagen nach Hause gebracht. Eine genaue Aufklärung über den Vorgang wird wohl die bereits eingeleitete Untersuchung ergeben.

Freudenstadt, 19. Febr. Jubilare. Am vergangenen Sonntag feierte der Stadtagelöhner Gärtner seinen 80. Geburtstag in guter, körperlicher Rüstigkeit im Kreise von 5 Kindern und 16 Enkelkindern. Ebenfalls auf ein Leben mit 80 Jahren kann am heutigen Tage der Polizeiwachmeister a. D. H. H. H. zurückblicken, der sowohl im Dienst wie im privaten Leben äußerst beliebt war. — Am gestrigen Tage feierte Herr Oskar Kauppert, der Herausgeber und Schriftleiter des „Grenzler“ seinen 50. Geburtstag und konnte gleichzeitig auf ein Vierteljahrhundert seiner Geschäftsführung zurückzusehen.

Tag, 19. Febr. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier am Mittwoch. Ein 14jähriger Junge hantierte mit einer geladenen Zimmerflinte und erschoß dabei ein 6 Jahre altes Mädchen. Das Kind war sofort tot. Dieser Fall ist wiederum eine furchtbare Mahnung, unvernünftigen Kindern keine Schusswaffen in die Hände zu geben und sie so aufzuzuwachen, daß sie für Kinder nicht erreichbar sind. Eine Unfälle, die leider immer wieder gebräuchlich werden muß, ist es auch, Gewehre in geladenem Zustande in der Wohnung stehen oder hängen zu haben.

Legte Nachrichten

Gründung einer deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft.

Berlin, 19. Febr. Am Donnerstag abend fand in den Räumen der Deutschen Gesellschaft die Gründung der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft Berlin im Rahmen der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft e. V. in München statt, deren Zweck die praktische und theoretische Vorbereitung eines späteren Zusammenchlusses zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich ist. In den geschäftsführenden Ausschuß wurden eine Reihe bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Vertreter fast aller politischen Parteien gewählt.

Jugoslawien und die Anschlußfrage.

Berlin, 19. Febr. Die „B. A. Z.“ meldet aus Wien: Aus Belgrad liegt die Meldung vor, daß Jugoslawien sein Desinteressement zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland in dieser Note ausgesprochen haben soll.

Besprechungen des Regierungsdirektors Weiß in Brüssel.

Berlin, 19. Febr. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, ist Regierungsdirektor Weiß nach Brüssel abgereist. Nach Besprechungen mit den Brüsseler Polizeibehörden wird er voraussichtlich am Freitag abend nach Berlin zurückkehren.

Reichsratvertreter der Provinz Sachsen.

Berlin, 19. Febr. Wie die Morgenblätter melden, wählte der Provinzialausschuß in Merseburg zum Vertreter der Provinz Sachsen im Reichsrat den Oberpräsidenten Göring und zu seinem Stellvertreter den früheren Staatsminister Graf Polabowsky-Wehner.

Der Irak-Vertrag vor dem englischen Unterhaus.

London, 19. Febr. Im Unterhaus brachte am Don-

nerstag der Kolonialsekretär Amery den Regierungsantrag ein, der vom Parlament die Billigung des zwischen England und dem Irak abgeschlossenen Mandatsverlängerungsvertrags erbittet.

Skrzynski reist nach Paris und Genf.

Warschau, 19. Febr. Ministerpräsident Skrzynski begibt sich am 4. März über Paris nach Genf. In Paris wird er mit Briand verhandeln.

Der Verteidiger der Gräfin Bothmer legt die Verteidigung nieder.

Berlin, 19. Febr. Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Potsdam, daß der Verteidiger der Gräfin Bothmer, Justizrat Josephsohn, die Verteidigung, die er vor zwei Gerichtsinstanzen in Potsdam und in dem Ehecheidungsverfahren führte, niedergelegt hat.

Einsturz einer Kirche.

Berlin, 19. Febr. Wie aus Belgrad dem Berliner Lokalanzeiger mitgeteilt wird, stürzten plötzlich in einem kroatischen Dorf Wände und Decke einer Kirche zusammen, wobei Hunderte von Menschen unter dem Schutt begraben wurden.

Die Opfer des Lawineneinglücks.

Newyork, 19. Febr. Wie jetzt mitgeteilt wird, sind bei dem Lawineneinglück im Staate Utah 115 Personen ums Leben gekommen.

Handel und Volkswirtschaft

Stuttgarter Börse, 18. Febr. Das Geschäft war heute sehr ruhig. Eine besondere Stimmung konnte nicht zum Durchbruch kommen, doch neigten die Kurse im Hinblick auf die Geschäftslage eher nach unten.

Berliner Getreidepreise, 18. Febr. Weizen m.ä. 24.50-24.80, Weizen m.ä. 24.50-24.80, Wintergerste 13.70-15.30, Hafer 15.40 bis 16.40.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 18. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 31 Ochsen, 9 Bullen, 75 Jungbullen, 80 Jungrinder, 22 Kühe, 294 Kälber, 516 Schweine.

Table with market prices for various types of livestock including calves, sheep, and pigs, listing prices per head or per 100 lbs.

Heilbronn, 17. Febr. Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 2 Ochsen, 45 Jungrinder, 3 Kühe, 55 Kälber, 176 Schweine. Preise: Ochsen 1. 41-43, Jungrinder 1. 47-49, 2. 40-44, Kühe 1. 20-30, 2. 13-20, Kälber 1. 72-74, 2. 64-68, Schweine 1. 80-82, 2. 72-76.

Gerabronn, 18. Febr. Pferdemarkt. Dem hier abgehaltenen Pferdemarkt wurden etwa 90 Pferde zugeführt. Wie anderwärts, so konnte auch hier eine starke Kaufkraft festgestellt werden. Es wurden nur wenige Käufe abgeschlossen.

Aufgehobene Konkurse. Alfred Wurrmann, Hafnermeister in Mergentheim. Viehsuchen in Württemberg. Die Maul- und Klauenseuche ist erloschen in Bünzwangen, D. H. Göppingen; Stetten D. L. Laupheim.

Obstbaum-Brennholz. kommt zum Verkauf morgen Samstag, nachm. 4 Uhr: 4 Parteien beim unteren Krankenhausgarten und mehrere Lose Obstbaumreißig an der Oberkirche Steige und neben dem Friedhof.

Oberjettingen D. Herrenberg. Eichenstammholz- und Wagnerstangen = Verkauf. Am Samstag, den 20. ds. Mts., von nachmittags 1 Uhr ab kommen aus Gemeindevald Lehlenshan zum Verkauf: 1 Stück Eiche II. Kl. mit 1,49 Sm.

Wagner = Stangen. Zusammenkunft im Lehlenshan auf der Straße Gemeinderat. Verkauf morgen Samstag 10 Uhr einen Wurf erstklassige, gut angefütterte 611 Milchschweine. Leiz zur „Köhlerlei“, Nagold.

Jagd-Verpachtung. Die hiesige Gemeindejagd kommt am Samstag, 20. Februar 1926, nachmittags 2 Uhr auf dem Rathaus auf 6 Jahre zur Verpachtung. Liebhaber, Auswärtige mit Vermögenszeugnissen neuesten Datums, sind freundlich eingeladen. Gemeinderat.

Moden-Album für Frühjahr-Sommer 1926 sind soeben erschienen und vorrätig bei Buchhandlung ZAISER Nagold.

Zur Konfirmation empfehle ich Gesangbücher sowie das neue Schmuckgesangbuch und andere schöne Geschenke. Ernst Alle, Christl. Buchhandlung Gerberstr., gegenüber d. Lohstaminbad.

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser Ein immer willkommenes Geschenk für jeden ehemaligen Frontkämpfer! Die württ. Regimenter im Weltkrieg 1914-1918

Verlag Chr. Beller H.O. Stuttgart. 21. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 121. 22. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 122. 23. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 123. 24. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 124. 25. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 125. 26. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 126. 27. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 127. 28. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 128. 29. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 129. 30. Das württ. Inf.-Regt. Nr. 130.

Neu! Band 36. „Das Württ. Inf.-Regt. Nr. 27“ von Leutnant d. R. E. Moos geb. M. 6. Band 37. „Das Württ. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 121“ von Kurt Stein geb. M. 8. Zu beziehen durch G. W. Zaiser - Buchhandlung - Nagold

Kohrdorf, 18. Febr. 1926. Trauer-Anzeige. Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, treubeforgter Vater und Großvater Johannes Reichert Tuchmacher Veteran von 1866 und 1870/71 nach kurzen, schwerem Leiden im Alter von 86 1/2 Jahren sanft entschlafen ist.

Nadelholzstangen-Verkauf am Donnerstag, den 25. Febr. 1926, nachm. 2 Uhr im Gasthaus „Hirsch“ in Calw aus den Abtlgen. Hornle und Spitalberg. Baustangen: 29 Ia Kl., 225 Ib Kl., 120 II. Kl. Sangstangen: 307 I. Kl., 1000 II. Kl., 580 III. Kl. Sopfenstangen: 2500 I. Kl., 600 II. Kl., 425 IV. Kl.

Neue Tutanchamon-Bilder nur in der WOCHE. Heute überall zu haben! Vorrätig bei G. W. ZAISER, Buchhandlung.

Mit d... Seie... Er... Sch... Telegramm... Nr. 42... Film... In Br... der veran... des Geistes... großen zw... über das w... Verbreitung... ficher und... Bedeutung... schaffliche... schaulichen... Geschäftsbez... Polen das... niemand wi... gefächts der... stände notge... sich der Film... Dingen. Es... fabrik und... zeigt, das is... Wirtschaft... Der weit... ü be l e n... der Vorführ... um die groß... Alte lang... Kinder erba... die „deutsche... Bäter aufzug... Deutschen de... stanten zu... eine widermä... iger Freude... Großaufnah... nen Hände u... Brutalität“... zu Russland... Berlin, 19... die getrige... (Dnat.) an... müsse. Dara... das Wort. C... worwuf der... Bestimmt, da... grundfölich... genommen w... Damals sei d... tung und S... der die Regi... tigen Ausgal... konnte, hätte... Substanzsteu... Goldwährung... hätten unfer... können. Nach... Auslandsanle... große Prozeß... Ertizten we... Währung als... Schöpfung der... erholen könn... öffentlichen... sacht dabei fö... triebkraft für... Poli... Als am 1... unterzeichnet... Festmahl in... Inchrist: A m... Chamberl... Und gerad... Staatsmänner... hängnis werde... an der Them... Pariser Freun... er vor seinem... unbekannt, un... im Parlament... heitsantworten... von den Däde... ständige Ratsf... lien zugefagt... Aber gerad... Eine derartige... den Genfer U... den lateinisch... erträglichkeit... es formuliert.